

Lübeck, 15.06.2022

Empfehlung eines Ausschusses

Verantwortliche Bereiche:
2.500 - Soziale Sicherung

Bearbeitung: Gitte Timmermann (E-Mail: gitte.timmermann@luebeck.de Telefon: 122-4464)

Empfehlung des Ausschuss für Soziales für die Bürgerschaft gem. des Antrags von AM Gregor Voht (FREIE WÄHLER): Personalstelle Kommunalen Präventionsrat

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
30.06.2022	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	

Empfehlung:

Der Ausschuss für Soziales hat sich in seiner Sitzung am 07.06.2022 mit dem nachfolgenden Antrag von AM Voht befasst:

„Der Bürgerschaft wird empfohlen, im Zuge der Neustrukturierung des Rates für Kriminalprävention für die Koordinierung des Rates, für Berichterstattung, für Aktivitäten und für Maßnahmen eine zusätzliche Personalstelle in Vollzeit zu schaffen und spätestens im Haushalt 2023 zu ordnen.“

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft den Antrag anzunehmen.

Begründung:

Der Ausschuss für Soziale hat im Zusammenhang mit dem Bericht **VO/2019/07558-03 Neustrukturierung des Rates für Kriminalprävention (Kommunaler Präventionsrat)** über einen Antrag von AM Voht mehrheitlich entschieden, den Antrag anzunehmen.

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales vom 02.11.2021:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Voht formuliert ergänzend folgenden Antrag:

„Der Bürgerschaft wird empfohlen, im Zuge der Neustrukturierung des Rates für Kriminalprävention für die Koordinierung des Rates, für Berichterstattung, für Aktivitäten und für Maßnahmen eine zusätzliche Personalstelle in Vollzeit zu schaffen und spätestens im Haushalt 2023 zu ordnen.“

Begründung:

„Eine Wiederaufnahme der Arbeit des Kriminalpräventiven Rates begrüßen wir. Angesichts des kürzlich veröffentlichten Berichts „Jugendarbeit in Lübeck“ ist uns jedoch bewusst, dass die damit verbundene umfangreiche Arbeit nicht nebenbei erledigt werden kann, wenn sie effektiv sein soll. Deshalb ist eine weitere Personalstelle erforderlich.“

Zu diesem Antrag erfolgte die Empfehlung VO/2019/07558-03-03, die in der Bürgerschaft am 25.11.2021 nicht beraten wurde.

Daher wurde ein neuer Antrag mit der VO2022/11137 von AM Voht gestellt und der Ausschuss für Soziales hat sich erneut in der Sitzung am 07.06.22 damit befasst und empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig den o.g. Antrag anzunehmen.

Anlagen:

Vorsitzende/r
des Ausschusses/Beirates